



Die Internationale Humanistische und Ethische Union (IHEU) hat in einer Pressemitteilung darauf aufmerksam gemacht, dass die Slowakei, die derzeit zu den sechs neuen Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft gehört, in bezug auf die Religionsfreiheit die Menschenrechtsstandards nicht erfüllt.

Zwar gründet der slowakische Staat auf laizistischen Prinzipien: Im Art. 1 der Verfassung heisst es, dass der Staat sich zu keiner Ideologie oder Religion bekenne. Art. 11 anerkennt die Menschenrechte als übergeordnetes Recht und Art. 24 garantiert Gedanken-, Gewissens- und Glaubensfreiheit. Ausdrücklich erwähnt ist zudem: "Jedermann hat das Recht, religiös ungebunden zu sein und seine/ ihre Überzeugung öffentlich zu manifestieren." Zudem hat die Slowakei verschiedene internationa-



THEMEN in diesem FREIDENKER	
Zur polit. Situation in Österreich	2
Giordano Bruno - 400 Jahre...	2, 6
Freidenker-Umschau	4
Schnitzelbängg	5, 7

Glaubensfreiheit !

le Konventionen und Erklärungen unterzeichnet und teilweise ratifiziert, welche die Diskriminierung von Andersgläubigen, fundamentale Freiheiten etc. betreffen.

In der Praxis hat die slowakische Regierung kaum auf diese Menschenrechte geachtet. Gerade in letzter Zeit ist ein stetiger Abbau der staatlichen Neutralität in Glaubensfragen festzustellen:

- 1997 hat der Präsident die slowakische Republik offiziell der Heiligen Jungfrau Maria gewidmet.
- Seit kurzem ist ein Gesetz in Kraft, welches das Verhältnis von Staat und Kirche – sehr zugunsten der Kirche – regelt.
- Derzeit gibt es wenig transparente Ansätze, in einem Abkommen mit dem Vatikan der katholischen Kirche einen bevorzugten Platz in der slowakischen Gesellschaft einzuräumen.
- Hinzu kommen Hinweise darauf, dass die katholische Kirche auf dem Land kirchliche Schulen aufbauen will, welche – ausschliesslich finanziert vom Staat – exklusiv von der Kirche und ohne jegliche staatliche Aufsicht geführt werden sollen.

Seit 1991 hat das IHEU-Mitglied "Slowakische Prometheus-Gesellschaft" in über 40 Eingaben auf Fehlentwicklungen hingewiesen, auf die Diskrimination von FreidenkerInnen auf den Land oder auf die Ungleichbehandlung von FreidenkerInnen, welche immerhin etwa 30% der Bevölkerung

ausmachen. Die Vorschläge betrafen z.B. eine staatliche Anlaufstelle für die Anliegen der FreidenkerInnen (analog zum Kirchenbeauftragten im Kulturministerium), die säkulare Beratung in der Armee (analog zu den kirchlichen Beratern) oder etwa den Anspruch auf Sendezeit in den öffentlichen Radio und Fernsehstationen, damit die Pluralität der Überzeugungen im Land zur Geltung komme. Keines dieser Anliegen ist vom Staat aufgenommen oder wenigstens korrekt behandelt worden.

Die Weiterentwicklung der Freidenker-Bewegung in der Slowakei ist laut Prometheus-Gesellschaft gefährdet, weil der Staat ihr jegliche Unterstützung vorenthalte und sie unter dessen zunehmend feindseligen Politik leide. Nun hat sich die Prometheus-Gesellschaft direkt an die EU gewandt. Mit Unterstützung der IHEU will sie auf diese Entwicklungen aufmerksam machen und einzelne Fragen allenfalls auch vor das Strassburger Gericht bringen.

Gleichzeitig ruft die IHEU die slowakische Regierung auf, konkrete Schritte zur Verbesserung der Lage zu unternehmen. Die EU-Staaten werden aufgefordert, das Einhalten der Menschenrechte in der Slowakei nachdrücklich zu verlangen.

Quellen:
<http://www.iheu.org/>
<http://www.jhm.sk/prom/prom.htm>
Übersetzung: Reta Caspar

Giordano Bruno – 400 Jahre darnach



Am 17. Februar 2000 – genau 400 Jahre nach Bruno's Tod auf dem Scheiterhaufen – kam in Rom auf der Piazza Campo dei Fiori, wo mitten auf dem grossen Platz das eindruckliche Denkmal des grossen Philosophen der Renaissance steht,

das „andere Italien“ zusammen. Jenes, das gegen die Herrschaft der vatikanischen Kirche protestiert und sich mit den zahlreichen Opfern der päpstlichen Institutionen solidarisiert. Während dreier Tage war etwas los auf dem Campo dei Fiori: Tausende von Italienerinnen und Italienern, oft mit Kindern, kamen vorbei wie an einer Prozession, legten Blumen nieder, hörten die flammenden Reden verschiedenster Oratoren, verfolgten Bruno-Theateraufführungen, sangen mit beim Vortrag antiklerikaler Lieder. Es war - vor allem am Samstag - ein wahres Volksfest, eine lebendige Demonstration gegen die Kirchendiktatur. Am ersten Tag (Donnerstag) lief allerdings organisatorisch einiges schief. Im Vorbereitungskomitee

(Freidenkerorganisationen, diverse antiklerikale Gruppen, anarchistische Aktivisten und die Stadtbehörden) entstanden Schwierigkeiten, sodass sich die Vertreter der Stadt Rom zurückzogen und ihre Feier auf den Vortag verlegten. Am 17.2. dann zeigte sich, dass die römischen Freidenker den anarchistischen Gruppierungen nicht gewachsen waren, denn diese verfügten über Lautsprecherwagen, Verstärker, aufgebaute Bühne und begingen die Feier auf ihre Weise. Den anderen Gruppen wurde das Mikrofon verweigert. Nun, die italienischen Freidenkergruppen und die angereisten Freunde aus Belgien, Deutschland (Freidenker und Humanisten), Frankreich, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Tschechien und

Fortsetzung S. 4

Zur politischen Situation in Österreich

Seit einigen Wochen regiert in Österreich eine Regierung, die aus der konservativen "Österreichischen Volkspartei" (ÖVP) und der von vielen als rechts-extrem bezeichneten "Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ) besteht. Der neue österreichische Bundeskanzler, Dr. Wolfgang Schüssel, ist lange vor dieser Regierungsbildung vor einer Regierungsbeteiligung mit der FPÖ des Rechtspopulisten Dr. Jörg Haider von Regierungskollegen aus der EU, den USA, aus anderen Staaten, dem österreichischen Bundespräsidenten, Dr. Thomas Klestil und von vielen bedeutenden Persönlichkeiten im eigenen Land gewarnt worden. Doch blanker Wille zur Macht, gepaart mit politischer Verantwortungslosigkeit trieben ihn und seine Partei, die ÖVP, in diese unseelige Koalition. Uns Freidenkern, Humanisten und

Demokraten lässt diese neue Regierung Arges befürchten. Schon ein kleiner Blick in die Vergangenheit gibt hierzu Gründe. Die Vorgängerpartei der ÖVP in Österreich war die Christlich-Soziale Partei, welche 1934 die klerikal-autoritäre "austro-faschistische" Diktatur unter dem Kanzler Engelbert Dollfuß errichtet und die Demokratie in Österreich ausgeschaltet hat. Neben dem Verbot verschiedener Parteien und Organisationen aus dem demokratischen Bereich und der Arbeiterbewegung wurde als eine der ersten Organisationen schon im Jahr 1933 der Freidenkerbund Österreichs verboten und sein gesamtes Vermögen beschlagnahmt. Bis heute hat es keine Wiedergutmachung dafür gegeben. Heute wie damals wurde eine total unsoziale Politik auf Kosten der sozial Schwächeren eingeschlagen - so wurde etwa die Arbeitsmarktpolitik vom Sozialministerium in das Wirt-

schaftsministerium über- und diesem unterstellt, soziale Errungenschaften wurden abgebaut und der Sozialstaat zugunsten eines autoritären Staates umfunktionierte. Die neue Regierung schlägt heute mit einer ähnlichen Politik die gleiche Richtung ein. Mit der Streichung von Subventionen etwa von auch linksliberalen Zeitschriften war auf Druck der ÖVP schon in der vorhergehenden Regierung begonnen worden. Die vom Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil der neuen Regierung als Bedingung ihrer Angelobung zur Unterschrift vorgelegten Präambel - ebenfalls einmalig in der Geschichte unseres Landes - mit der Verpflichtung auf die Einhaltung der Menschenrechte, demokratischer Grundrechte und einer europäischen Geisteshaltung droht schon jetzt nicht eingehalten zu werden. Den an den Demonstrationen gegen die neue Regierung beteiligten Institutionen,

Fortf. S. 3

Personen und Künstlern wird bereits aus politischen Kreisen der Regierung gedroht, dass jenen, die öffentliche Subventionen erhalten, diese Subventionsmittel gestrichen werden sollen, ebenso davon betroffen sind auch regierungskritische Tageszeitungen und Zeitschriften mit öffentliche Förderungen. Schon dieser Versuch ist ein eindeutiger Verstoss gegen das Menschenrecht der freien Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit und stellt eine Zensurbestrebung eines totalitären und undemokratischen Staates dar. (..)

Für viele soziale Institutionen, Projekte und deren MitarbeiterInnen bedeutet dies eine Bedrohung ihrer sozialen Existenz. So wurde auch bereits das Frauenministerium abgeschafft. Dadurch werden viele wichtige Frauenberatungsstellen und frauenfördernde Projekte in ihrem Bestand gefährdet. Künstler und Kulturinitiativen sind von der FPÖ mehrmals öffentlich diskriminiert worden und deren Existenz wird durch diese Partei wiederholt in Frage gestellt.

Der Freidenkerbund Österreichs hat sich bei der grossen Demonstration, an der am 19. Februar 2000 in Wien an die 300.000 Personen teilgenommen haben, mit einem eigenen Transparent beteiligt. Unsere bisherige öffentliche und einzige Subvention von jährlich ca. 45.000 Schilling ist daher heuer in Gefahr, da alle an der Demonstration beteiligten Organisationen aus genannten Gründen auf Wunsch der FPÖ ausgeforscht werden sollen.

Der Freidenkerbund Österreichs wird aber trotzdem weiter gegen diese beunruhigenden politischen Tendenzen auch öffentlich auftreten. (...)

Dr. Wolfgang Soos
Präsident des
Freidenkerbundes Österreichs
Kürzungen (...) durch die Redaktion

Louis Bloch 80!

Louis Bloch, der Älteste in unserem Dreier-Zentralpräsidium und unser Zentralpräsident "für Notfälle" hat am 21. März seinen 80. Geburtstag feiern können. Louis hat sich während vielen Jahren als sehr engagierter Präsident für das Wohl der Sektion Basel FVS eingesetzt. Auch im Zentralvorstand wurden seine Voten immer gerne gehört. Wir gratulieren Louis herzlich zu seinem runden Geburtstag und hoffen, dass er uns noch lange in jugendlicher Frische erhalten bleibt - aber auch die Musse findet, in den nächsten Jahren etwas kürzer zu treten. **Freies Denken muss gesund sein - Louis Bloch ist der beste Beweis dafür!** Jean Kaech+ Jürg Caspar



Fröhliche Ostern

Im frühen Christentum galt der Hase wegen seiner Fruchtbarkeit als leibhaftiges Symbol für Unzucht und unnatürliche Geschlechtstlust. Papst Zacharias verbot deshalb im Jahre 751 sogar den Verzehr von Hasenfleisch, weil der Teufelsbraten für den keuschen Christen eine Gefahr darstellte. Doch der fruchtbare Hase liess sich durch die christliche Verdammung nicht aus dem Osterbrauchtum vertreiben. Es gelang ihm sogar im Laufe der Jahrhunderte, alle "eierbringenden" Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, so dass er im heutigen Osterbrauchtum zum alleinigen Eierbringer geworden ist. Das Bemühen, den eierlegenden Hasen glaubhaft zu machen, trieb kuriose Blüten, wie die Erfindung eines "lebenden, eierlegenden Hasen" zeigt, die als Reichspatent Nr. 457321 am 2. Februar 1907 angemeldet wurde: "Zu diesem Zwecke braucht man nur einem lebenden Haushuhn, das sich gerade zum Eierlegen anschickt, einen Stoffüberzug, der die Form und die Gestalt eines Osterhasen hat, überzustülpen. Die Kinder werden sich hiervon täuschen lassen und annehmen, der Osterhase selbst habe die Eier gelegt. Da solchermassen aber nur weisse Eier

gelegt werden können, empfiehlt es sich, am Hintern der Henne ein farbiges Stempelkissen anzubringen."

Der eierbringende Osterhase hat sich im Brauchtum des städtischen Bürgertums rascher durchsetzen können als bei den bäuerlichen



Schichten des Landes. Den Städtern fiel der Glaube an einen eierlegenden Hasen möglicherweise leichter, weil sie in der Fauna weniger praktische Bildung hatten. In manchen ländlichen Gebieten gelang es dem Osterhasen erst im 19. Jahrhundert, seine Konkurrenten endgültig zu verdrängen.

Nicht überall hat der Osterhase seine Eier am Ostersonntag gebracht. Mancherorts geschah dies schon am Gründonnerstag, an einigen Orten auch erst später.

Erstes Osterhasen-Museum der Welt im ZAM, Zentrum für Aussergewöhnliche Museen, München
Quelle: www.osterhasen-museum.de

Kanada trafen sich, legten Blumen nieder und machten dank eines Transparentes, das die Wiener Freidenker mitgebracht hatten, auf sich aufmerksam. Es ergaben sich interessante Diskussionen und Gespräche – ganz international – auch der Generalsekretär der IHEU, Babu Gogineni, war mit Ehefrau aus London angereist. Eine Reporterin nahm für eine kanadische Radiostation Interviews auf.

Eindrücklich war vor allem der historische Umzug am Samstag. Angeführt von Kutten tragenden Häschern der Inquisition folgt der zur öffentlichen Verbrennung verurteilte Ketzer in Ketten, dann die klerikalen Richter in violetten Gewändern, der Papst, getragen in einer Sänfte, und weiteres Fussvolk. Alles kommentiert über Lautsprecher für Tausende, die auf dem Platz versammelt waren. Die 9 Strassen, die auf den Platz führen, waren total verstopft von weiteren Teilnehmern an dieser machtvollen Demonstration gegen kirchlichen Totalitarismus. Alles verlief in Würde; das grosse Polizeiaufgebot hatte nicht einzugreifen.

In der römischen Presse und im Fernsehen wurde über den Anlass berichtet. Selbst das Schweizer Fernsehen brachte einen Kurzbericht.

Der Internationale Rat der Weltunion der Freidenker traf sich in Rom zu einer Sitzung, die vor allem dem nächsten Kongress 2002 in Prag gewidmet war. Der tschechische Delegierte, Dr. Josef Haubelt, schilderte die Situation in Prag und stellte für die nächsten Monate konkrete Vorschläge in Aussicht.

Jean Kaech

PS. Das mea culpa des Papst ist inzwischen publiziert worden: Mehr als dürftig, die Kirche bleibt heilig, nur einige Söhne und Töchter sind schuldig für den millionenfachen Mord! ... und Giordano Bruno ist immer noch nicht rehabilitiert!

Berlin

Das Bundesverwaltungsgericht hat es der Islamischen Föderation erlaubt, an Berliner Schulen Religionsunterricht zu erteilen. Es bestätigte damit das Urteil des Berliner Oberverwaltungsgerichts vom 4. November 1998 und gibt **grünes Licht für bekennenden Islamunterricht an den öffentlichen Schulen**: Ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik - und ein Urteil mit Signalwirkung.

Über zwanzig Jahre lang verfolgten die Islamisten beharrlich ihre Strategie mit taktischem Geschick und einer guten Öffentlichkeitsarbeit. Kritiker befürchten nun allerdings, die Zulassung der Islamischen Föderation werde dazu führen, dass nun auch zahlreiche andere islamische Gruppierungen dieses Recht für sich beanspruchen.

Das Urteil zum Islam-Unterricht an öffentlichen Schulen Berlins hat die Diskussion über den Status des Religionsunterrichts in der Hauptstadt wieder angefacht. Wie in Bremen und Brandenburg ist in der Hauptstadt Religionsunterricht kein ordentliches Schulfach. Bekennender Unterricht wird hier als Zusatzangebot unter der Federführung der zuständigen Religionsgemeinschaften erteilt.

Die CDU forderte umgehend eine schnelle Einführung von Religion als Wahlpflichtfach. Der Humanistischen Verband (HVD) betonte demgegenüber, dass es keines Wahlpflichtfaches bedürfe, um mit der Islamischen Föderation umzugehen. Die Schulverwaltung habe genügend Mittel in der Hand, um gegen allfälliges undemokratisches Verhalten in der Schule vorzugehen. Die Politik sei jetzt gefordert, die konkreten Vorwürfe gegen die Islamische Föderation zu benennen.

Eine Umfrage der deutschen Ta-

geszeitung taz ergab: Das Interesse türkischer und arabischer Eltern am islamischen Religionsunterricht ist bisher offenbar nicht besonders hoch. An fünf befragten Grundschulen in Kreuzberg und Neukölln sind eine Woche nach dem Urteil noch keine Anfragen von Eltern eingegangen. Die Islamische Föderation ihrerseits geht davon aus, dass ihre Organisation nach den Sommerferien in fünf bis sechs Grundschulen Unterricht anbieten wird. Es ist aber durchaus möglich, dass sich das Interesse auch in den nächsten Monaten nicht sehr steigern wird. Viele Eltern muslimischen Glaubens schicken ihre Kinder heute in den Lebenskundeunterricht, der vom Humanistischen Verband erteilt wird. Die dort angebotenen Themen – Wertevermittlung, Familie und Freundschaft – sprechen viele türkische Eltern an.

Grund für das Desinteresse könnte auch der muttersprachliche Ergänzungunterricht sein, der an 102 Schulen in Verantwortung des türkischen Konsulats angeboten wird. Dort sind islamkundliche Elemente ebenfalls enthalten.

Quelle: taz 24.2., 25.2., 2.3.2000

Fürstentum Lichtenstein

Die **Trennung von Kirche und Staat** – mit dem Ziel, den Konflikt mit dem umstrittenen Erzbischof Wolfgang Haas zu lösen – ist im jüngsten Verfassungsentwurf des Fürstenhauses, den jede Haushaltung in den letzten Wochen erhalten hat, kein Thema mehr. Laut Fürst Hans-Adam II. hat sein erster Verfassungsentwurf das konfliktträchtige Thema noch enthalten, doch sei das Fürstenhaus zur Auffassung gelangt, dass aus staatspolitischer Sicht dringendere Fragen gelöst werden müssten.

Quelle: NZZ

Schnitzelbängg

Der Fall des Basler Restaurantbesitzers namens Fröhlicher, der aus der Kirche ausgetreten ist und dessen Restaurant "Reinfelderhof" nun von der Kirche nicht mehr berücksichtigt werden soll (siehe FREIDENKER 2/2000), war ein dankbares Thema für die Basler Fasnacht:

Banggo-Welt

Dr Pfarrer Iten sait, - s'isch Schluss,
ych verzicht nimm uff dr wyyblig
Gnuss!
No dr Lyycheschau derf är zur
Stroof
au nimmi - in Rhyfälderhoof!
Dert stryucht dr Baizer - s'sch
z'erwaarte
d'Hoschtie - vo dr Dessert-Kaarte!

Glugger Segg

Daas isch ä Pfarrer, daas sy Häärde,
fir die darfs nie meeh Wiehnacht
wärde.
Sunscht miesste die sich nämlig
zwinge
OH DU FRÖHLICHER go singe.
Ei duu scheene, ei duu scheene,
ei duu scheene Rhyyfälderhoof.

Setzlig

Im "Fröhliche Rhyfälderhof" lauft's
Geschäft au nimm so flott
d'Baizerslyt hänn schynt's der
Uusdritt gä bim liebe Gott
Der Pfarrer vo St. Clara bschtellt -
uff Drugg vom Vatikan -
sythär syni Bierli nur no vis-à-vis im
Hahn.

dr Batzeglemmer

Y bi go pilgere jetz im Hailige Johr
und zwor uff Rom, dasch wirgglig
wohr.
Y ha em Pauli versproche 10 Va-
terunser z'bätte,
aber sprich der Fröhlicher frey,
dasch doch son e nätte
Waisch, bi uns in Basel, han em
miesse saage,
hän die arme Baizer fascht nyt
z'gnaage.

Fortsetzung S. 7

Unheimliche Demokraten

Selbstherrlichkeit passt eigentlich nicht zu einer lebendigen Demokratie, eher schon zu einem diktatorischen Regime. In welche der beiden Richtungen die erfolgreichste Schweizer Partei der letzten Jahre steuert, ist offensichtlich, denn die Arroganz, mit der Andersdenkende laufend lächerlich gemacht werden, hat mit Demokratie nicht mehr viel zu tun. Das Demokratieverständnis dieser Kreise beschränkt sich auf die Grundsätze "die Mehrheit befiehlt" und "die Mehrheit hat immer Recht". Dass dabei die Minderheiten, zu denen wir Freidenker ebenfalls gehören, unweigerlich unter die Räder geraten, ist vorprogrammiert. Die Geschichte zeigt uns, dass es manchmal nötig ist, die Mehrheit in die Schranken zu weisen. Hitler z.B. wurde durch den überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung unterstützt und kam mit demokratischen Mitteln an die Macht.

Mir graut vor der vielzitierten "Diktatur des Volkes". Die Bestrebungen gewisser Leute, das Parlament und den Bundesrat zu Gunsten der direkten Demokratie noch mehr zu schwächen, finde ich bedenklich. Denn die direkte Demokratie stösst durch die ständig komplexer werdenden Sachgeschäfte immer mehr an ihre Grenzen. Das Stimmvolk ist vielfach überfordert und dadurch auch manipulierbarer geworden. Diese Tatsache wird von Marketingstrategen in der Abstimmungspropaganda voll ausgenutzt. Da werden Ängste geschürt und Behauptungen aufgestellt, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Ich glaube, die seriöse Arbeit wird, entgegen der landläufigen Stammtischmeinung, in Bern gemacht. Wenn man z.B. weiss, wie in den Kommissionen des Parlamentes komplexe Sachfragen ernsthaft und ausgewogen diskutiert werden oder wie der Bundesrat sich bemüht, für das ganze Land tragfähige Lösungen zu finden, dann ist die Art, mit welcher verschiedene populistische "Schnorris" die "Classe politique" mitsamt der ganzen Bundesverwaltung in den Dreck ziehen, unerträglich.

Ein schönes (oder wohl eher hässliches) Beispiel, dass man dem Volk nicht alle Macht in die Hände geben sollte, sind die kürzlich erfolgten Einbürgerungsabstimmungen in der Gemeinde Emmen. Was nützt uns ein "Anti-Rassismus-Gesetz", wenn unter dem Deckmäntelchen der direkten Demokratie offener Rassismus gefördert wird und Bundesrätin Metzler das Abstimmungsergebnis als "vorbildliche" Demokratin akzeptiert hat? Dass die Schweiz immer noch kein Verfassungsgericht kennt, das solche rechtswidrigen und menschenverachtenden Vorkommnisse unterbinden könnte, passt zu unserem veralteten Demokratieverständnis.

Peter Bürki

Wer nimmt die Papst-Entschuldigung an?

Vielleicht hat der Grossinquisitor Kardinal Ratzinger recht, der Papst hätte sich nicht entschuldigen sollen. Er machte sich und seine Kirche nur lächerlich.

Wer soll denn diese pauschale Entschuldigung entgegennehmen oder annehmen? Katharen, Muslime, Juden, Indios, Hexen, Intellektuelle? Etwa die Jünger von Arius (+ 336 nachdem er in Nizäa verurteilt wurde) oder Giordano Bruno (+ 1600 auf dem Scheiterhaufen in Rom, ebenso ein festliches Jubiläumsjahr). Die wurden eben nicht "rehabilitiert". Eine Kirche mit weltweitem Machtanspruch hat nämlich weltweit Genozid gegen Andersgläubige angestiftet.

Warum entschuldigt sich der Papst nur im Namen der Kirchenangehörigen und nicht als Körperschaft, wenn nicht um ihre Mitschuld auf das Fussvolk zu verschieben oder der Schuld sogar ganz zu entgehen?

Die Schuldverdrängung der anachronistischen Institution Kirche wäre lächerlich, wenn sie nicht heute noch absolutistisch/autoritäre und frauenfeindliche Machtansprüche in unserer Gesellschaft ausüben würde.

Niemand kann die Entschuldigung des Papstes annehmen, niemand kann sie ablehnen, also ignorieren wir sie.

Dr. Mark Furner, Winterthur

Philosophisches in Winterthur

3. April 2000, 20 Uhr
Café Obertor
Leitung Eva Zoller



An der Kantonsschule Zürcher Unterland hat im März eine Studienwoche zum Thema Religion stattgefunden. Das Programm stieg ein mit der Frage, "Was ist und wozu braucht es Religion", da gab es u.a. ein Streitgespräch zwischen einem Philosophen und einem Theologen, Exkursionen in Klöster, ins Tibet-Institut, in eine Moschee und zur israelitischen Kultusgemeinde und viel Zeit für Diskussionen in den extra gruppierten Wochenklassen. Den Abschluss bildete ein "Interreligiöses Gespräch", für das eine Christin, ein Buddhist, ein Moslem und - eine Freidenkerin eingeladen wurden.

Nicht alles, was unter den Nägeln brannte, konnten die SchülerInnen einbringen. Die Christin und der

Moslem wurden jedoch ziemlich in die Enge getrieben. Es war erfreulich, wie kritisch da hinterfragt wurde. Grosse Sympathie war für den Buddhismus und seinen sehr jungen Vertreter zu spüren. Die Betonung des "individuellen Pfades der Erleuchtung" hat es den jungen Leuten offensichtlich angetan. Die Freidenkerische Aussage: "Mehr als 2000 Jahre Geschichte zeigen, dass von den Religionen keine Antworten auf Zukunftsfragen der Menschheit zu erwarten sind, dass sie vielmehr jeweils Teil der Probleme geworden sind" hat ebenfalls grosse Zustimmung unter den angehenden Maturandinnen gefunden.

Ein lohnender, nachahmenswerter Samstagvormittag!

Reta Caspar

Büchertisch

Leider vergriffen:

Im FREIDENKER 3/2000 haben wir auf das Buch "Christen gegen Juden" (Rowohlt 1997, Autor Gerhard Czermak) aufmerksam gemacht. Aufgrund der Internet-Recherche bestand die berechnete Annahme, das Buch sei noch im Handel. Interessierte LeserInnen haben im Buchhandel nun erfahren müssen, dass das Buch vergriffen sei. Das stimmt leider. Die Redaktion entschuldigt sich für diese nicht aktuelle Information. Nachfolgend die Adressen von Bibliotheken, die jeweils die ältere Ausgabe des Buches (1989) führen. Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben zu dienen und danken für Ihr Verständnis.

rc



Basel

Pädagogische Dokumentationsstelle, Binningerstr. 6
Theologisches Seminar, Nadelberg 10 (nur Lesesaal)

Bern

Stadt- und Universitätsbibliothek, Münstergasse 61

Luzern

Zentral und Hochschulbibliothek, Sempacherstrasse 10

St. Gallen

Kantonsbibliothek Vadiana, Notkerstr. 22
Universitätsbibliothek, Dufourstrasse 50

Zürich

Zentralbibliothek, Zähringerplatz 6

FVS

Delegierten- versammlung 2000

↪ **28. Mai 2000** ≈
in Luzern

Anträge bitte bis
spätestens 10. April 2000
an das Zentralsekretariat

Freie JungdenkerInnen

Nächstes Treffen

Montag, 8. Mai
18.30 bis ca. 21.30h
Reservierter Tisch im
Bahnhofbuffet Olten

Kontaktpersonen

V. Aldridge 061 261 54 27
R. Caspar 031 911 00 39

in den Sektionen

Basel (Union)

Jeden letzten Freitag im Monat ab
19.00 Uhr Freie Zusammenkunft im
Restaurat "Storchen" Basel.
Jeden 2. Dienstag im Monat Vor-
standssitzung um 19 Uhr in unse-
rem Lokal.

Bern

Montag, 17. April, ab 19 Uhr
Freie Zusammenkunft
Gibt es Wünsche und Anliegen
der Mitglieder? Bei gemütlichem
Umtrunk wollen wir darüber disku-
tieren – im Freidenkerhaus, Weis-
sensteinstr. 49b

Mittelland

Samstag, 15. April, 15 Uhr
Jahres-Hauptversammlung
Hotel Olten, Brasserie, Olten
im Winkel, Bahnhofstr. 5

Schaffhausen

Jeden 3. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Freie Zusammenkunft
im Rest. "Falken", Schaffhausen

Winterthur

☞ **Neues Stammlokal** ☞
Restaurant "Chässtube"
Archstr. 2, 8400 Winterthur

Mittwoch, 5. April, 19.30 Uhr
Mittwochstamm im Säali
Restaurant "Chässtube", Archstr.2

Samstag, 29. April, 15 Uhr
Generalversammlung mit Imbiss,
offeriert von der Vereinskasse.
Restaurant "Chässtube", Archstr.2

Zürich

☞ **Neues Stammlokal** ☞
Restaurant "Schweighof"
Schweighofstr. 232, 8045 Zürich

Samstag, 1. April, 14.30 Uhr
Generalversammlung
Restaurant "Vorderberg", Zürich-
bergstr. 144. *Details siehe Einladung*

Dienstag, 11. April, 14.30 Uhr
Freie Zusammenkunft
Thema: **Brauchen wir Ikonen?**
Referent: Ernst Vollenweider
Restaurant "Schweighof"
Schweighofstr. 232, 8045 Zürich

4. Konrad Deubler-Symposion

5 vor 12?

2. - 4. Juni 2000 in Bad Goisern (AU)

Themen:

Vom Jüngsten Gericht zur ökologischen Katastrophe
Bedrohungsbilder der Menschheit
Sintflut und Weltgericht - Weltuntergangsvorstellungen
Impact - Gefahr aus dem All?
Sekten und Endzeiterwartungen
Angstlust - Das (Gedanken)Spiel mit dem Tod
"Global denken – lokal handeln"; Aufgaben einer zukunftsorien-
tierten Wissenschafts- und Technologiepolitik

Kosten ca. Fr. 24.-/Tag + Unterkunft und Verpflegung
Unterlagen auf dem FVS-Sekretariat erhältlich.

Fortsetzung von S. 5

d' Bädler

Kai Sex vor de Achti, nit gorpse,
nit flueche
nit stääle, nit bschysse und s Puff
nimmi bsueche
s isch alles verbotte, mir finde das
doof
vor allem derfsch nimmi - in
Rhyfälderhoof.

d' Fätze

Dr Pfaarer vo Allerhaillige hett sy
letschti Predigt
är könn nüm mee, es dat em
laid, är syg komplett erledigt
"Ych weiss" sait är "bim Babscht
in Rom bin ych e schwarzes Schoof
und jetz gömer alli zum
Abschidsdrungg übere in
Rhyfälderhof".

Guufekissi

Em Pfaff vo Allerheilige - syni
sindige Gedangge
Die bringe d'Kircheobrigkait -
z'Basel bees ins Wangge
Das mit dr Frau, das kennt me jo -
no gradeso vergässe
Nit aber, dass är mit ihre isch - im
Rhyfälderhof go ässe.

Nachtschwärmer

Unser Herrgott, isch gegewärtig,
im Himmel und au bi uns do unde
Är sägnet ys, dä liebi Kaib, het dr
Wääg no Basel no immer gfunde
Me gseet ihn halt, nit so oft, das
finde mir zwai e bitzeli doof
Nur macht är uss Wasser immer
no Wyy, aber sicher nimme im
Rhyfälderhof.

TrauerRedner

Basel (Vereinigung)

061/421 67 87 oder 061/42112 80

Basel (Union)

061/321 39 30 oder 061/601 03 23

Bern

031/312 04 07 oder 031/372 56 03

Grenchen

076/53 99 301 oder 032/645 38 54

Luzern und Innerschweiz

041/420 45 60 oder 041/360 50 45

Schaffhausen

052/685 13 62

St. Gallen

052/337 22 66

Vaud Waadt

026/660 46 78 ou 022/361 37 12

Winterthur und Thurgau

052/337 22 66

Zürich

Natel 079/646 20 64

Zentralsekretariat FVS

052/337 22 66 falls unter der regionalen Nummer niemand zu erreichen ist.

Regional- und Orts-Gruppen

Freidenker-Vereinigung Sektion Basel und Umgebung

Postfach 302, 4012 Basel ^{*auch Fax}
Präsidium: Y. Andrek 061/401 35 19*
Vizepräsident: E. Meuli 061/681 27 71
Kassier: R. Wenger 061/692 86 27*
Sekretariat: H. Bamert 061/731 19 46*
Mitgliederdienst: R. Frey 061/421 12 80*
Bestattungen: L. Bloch 061/421 67 87*

Freidenker-Union Region Basel USF

Postfach 4471, 4002 Basel
Präsident: 061/312 47 54
Auskünfte/Informationen:
061/321 39 30 oder 061/601 03 23
Mitgliederdienst/Krankenbesuche/
Bestattungen: 061/321 39 30
Postkonto: 40-4402-5
Bestattungsfonds: 40-4007-5

FREIDENKER - BIBLIOTHEK

Basel, Burgunderstr. 8-10
im Hof, Parterre Hinterhaus,
Tram 6 und Bus 33/37
Station Schützenmattstrasse
jeden zweiten Dienstag im
Monat, 19-21 Uhr,
oder nach Vereinbarung
Tel. 061/321 39 30 oder 601 03 23

Ortsgruppe Bern

Postfach, 3001 Bern
Familiendienst:
031/372 56 03 (Kaech) oder
031/901 31 13 (Lehmann)
Lyss-Seeland-Biel 032/392 33 30 (Lanz)

Libre Pensée de Genève

Case postale 189, 1211 Genève 16
022/756 40 49 (tél. et fax) J.P. Bouquet

Sektion Grenchen und Umgebung

Postfach 451, 2540 Grenchen
Auskünfte: Peter Hess, Präsident:
032/645 38 48 oder 076/376 38 48
Mitgliederdienst/Krankenbesuche:
Lotti Höneisen: 076 53 99 301

Regionalgruppe Luzern-Innerschweiz

Präsident: E. Ochsner 041/440 76 36
Postfach 2908, 6002 Luzern

Sektion Mittelland

Postfach 637, 4600 Olten
Präsident: Willi Zollinger 062/293 39 30

Freidenker Schaffhausen

Postfach 186, 8222 Beringen
052/685 13 62 (Marcel Bollinger)

Regionalgruppe St. Gallen

Postfach 613, 9001 St. Gallen
071/351 29 81 (S. Breitler)

Association vaudoise de la Libre Pensée

Case postale 131, 1000 Lausanne 17
Secrétariat: 026/660 46 78
Président: J.P. Ravay 022/361 94 00

Ortsgruppe Winterthur

Büelrain 4, 8545 Rickenbach ZH
052/337 22 66 (J.L. Caspar)

Ortsgruppe Zürich

Postfach 7210, 8023 Zürich
Präsident: W. Strebler 055/414 23 63
Familiendienst: M. Dobler 01/341 38 57

FREIDENKER - BIBLIOTHEK

Zürich, im Sozialarchiv

Stadelhoferstr. 12 (Nähe Bellevue)

Bücherausgabe:

Mo. - Fr. 10-20 Uhr
Sa. 10-13 und 14-16 Uhr
Auskunft: Tel. 01/251 80 66

FVS Zentralsekretariat Zentralkasse

Büelrain 4
8545 Rickenbach ZH
Tel. 052/337 22 66 Fax 052/337 22 20

Internet: <http://www.freidenker.ch>

Postkonto: Winterthur 84-4452-6

Zuschriften an den Vorstand, Auskünfte,
Adressänderungen, Materialbestellungen

Impressum

Redaktion

Reta Caspar im Täli19
Tel. 031/911 00 39 3052 Zollikofen
e-mail: reta.caspar@swissonline.ch

Redaktionsschluss 15. des Vormonats

Jahresabonnement

Schweiz: Fr. 25.- inkl. Porto
Ausland: Fr. 30.- inkl. Porto (B-Post)
Probeabonnement 3 Monate gratis

Bestellungen, Adressänderungen
und Zahlungen bitte an das Zentral-
sekretariat FVS.

Druck und Spedition

Volksdruckerei Basel
Postfach, 4004 Basel

ISSN 0256-8993, Ausgabe 4/2000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge kön-
nen, aber müssen nicht mit der Ansicht der
Redaktion übereinstimmen.

Adressänderungen an Postfach 14, 8545 Rickenbach

AZB
8545 Rickenbach